

Pressemitteilung: Der Ortsverband Bündnis 90/Die Grünen in Senden nimmt Stellung zum Aussetzen der KfW-Förderung

„Harte, aber unumgängliche Entscheidung“

„Man kann sicherlich kritisieren, dass die Entscheidung, das KfW-Förderprogramm zu stoppen, hätte besser kommuniziert werden können, in der Sache blieb Bundeswirtschaftsminister Habeck aber keine Wahl“, kommentiert Sandra Maaß, Fraktionssprecherin der Sendener Grünen, die zu Beginn der letzten Woche bekanntgegebene Entscheidung des Wirtschaftsministeriums. Anlässlich einiger Rückmeldungen aus der Bürgerschaft sowie der jüngsten Pressemitteilung des CDU-Ortsverbands (WN v. 29.01.2022) hatten sich Vorstand und Fraktionsspitze der Sendener Grünen mit der Entscheidung auseinander-gesetzt. Auch ein Artikel im „DER SPIEGEL“ Nr. 5 trägt zur Klärung der Sachlage bei. Bereits Anfang November 2021 verkündete die vorherige Regierung, dass das KfW-Förderprogramm für Wohngebäude zum 31.01.2022 ausläuft. Da der neue Finanzminister Lindner keine zusätzlichen Milliarden für den Fördertopf bereit-stellen konnte, musste Habeck nun die Bremse ziehen. Sonst hätte sich das Defizit auf rund 14 Mrd. Euro aufgehäuft. „All diese Fakten lässt die CDU, die sonst immer auf soliden Finanzen besteht, in ihrer Presse-mitteilung weg und kritisiert die Entscheidung Habecks um Stimmung gegen die Grünen zu machen. Das ist vermutlich dem nahenden Wahlkampf geschuldet - eine seriöse Darstellung der Sachlage sieht aber anders aus,“ führt Philipp Scholz, stellv. Fraktionssprecher, aus.

Da bisher nur wenige Grundstücke für das Baugebiet Huxburg vergeben worden sind, dürften Anträge aus dem bisherigen Förderprogramm, das bekanntermaßen zum 31.01.2022 ausläuft, nur von wenigen Bauherren gestellt worden sein. Zudem hat Minister Habeck am Wochenende auf dem Grünenparteitag angekündigt, dass alle laufenden Anträge überprüft werden sollen und nach Möglichkeiten gesucht werden soll, diese doch noch zu fördern. Insbesondere die KfW-40 / 40 Plus Anträge haben hier eine gute Chance auf eine Förderung.

Habeck hat zudem angekündigt, die 4000 betroffenen Familien und Privatpersonen nicht im Regen stehen zu lassen (WN vom 31.1.). Allerdings wird es dann vermutlich für Neubauvorhaben keine Förderung mehr für den KfW-55-Standard geben, da diese Energieeinstufung heute bereits überwiegend Standard im Wohnungsbau ist - darauf haben die Grünen in Senden hingewiesen.

Auch halten die Grünen es für wichtig, dass das neue Förderprogramm schnell kommt, damit für alle Bauherren Planungssicherheit besteht. „Die Empörung der CDU lenkt hier aber nur von den Versäumnissen der alten Bundesregierung ab“, fasst Dr. Evelyn Stauch, Vorstandsmittglied des Ortsverbandes, die Meinung der Grünen zusammen.